

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren, Lebkücher, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Süßwaren- u. Keksfabrikation

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Das Erscheint jeden Donnerstag. Preis 10 Pf. Montag morgen 10 Pf.

Abonnementspreis pro dreizehnpenniges Heftzahl 50 Pf., für alle Zahlstellen 30 Pf.

Die Zustimmung unserer Kollegen im Jahre über die Befreiung der Nachtarbeit.

In letzter Nummer dieses Blattes haben wir berichtet, daß 13 982 gültige Stimmzettel eingegangen sind; im Laufe der Woche sind noch 398 Stimmzettel bei uns eingegangen, so daß insgesamt bisher 13 988 gültige Stimmzettel eingegangen sind.

Das Gesamtergebnis stellt sich nunmehr wie folgt:

	Für dauernde Befreiung der Nachtarbeit		Gegen Befreiung der Nachtarbeit	
	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent
9928 Bäckergehilfen	9928	—	9928	—
19 " "	19	—	19	—
9 " "	9	—	9	—
9951 Bäckermeister	9951	—	9951	—
415 Konditorgehilfen	415	—	415	—
1 Konditormeister	1	—	1	—
2 Konditorgehilfen	2	—	2	—
418 Konditormeister	418	—	418	—
10359 Bäcker- und Konditorgehilfen zusammen	10359	—	10359	—
3429 Bäckermeister	3429	—	3429	—
56 " "	56	—	56	—
3 " "	3	—	3	—
1 " "	1	—	1	—
70 " "	70	—	70	—
3486 Bäckermeister	3486	—	3486	—
27 Konditormeister	27	—	27	—
3589 Arbeitgeber insgesamt	3512	76	3460	196
13958 Meister und Gehilfen insgesamt	13870	87	13798	167

Unter den eingegangenen Stimmzetteln befinden sich auch 45, die vom Gewerbeverein der Bäcker und Konditoren eingekauft wurden; außerdem haben aber noch einige Mitglieder dieses Verbandes ihre Stimmzettel direkt an uns eingekauft.

Von 13 958 Abstimmenden haben sich also 13 870 für dauernde Befreiung der Nachtarbeit erklärt und nur 87 dagegen; 13 798 haben sich dafür erklärt, daß die gezielte Befreiung der Nachtarbeit schon während des Krieges kommen soll, und nur 157 waren dagegen.

Die Sonntagsarbeit in Bäckereien und Konditoreien während des Krieges.

Ist denn überhaupt noch Sonntagsarbeit im Bäckergewerbe notwendig? Das ist die Frage, die nun schon während der ganzen Kriegszeit fortwährend von den Betriebsleitern erhoben wird, und sobald sie erhoben wird, muß sie beantwortet werden; aber diese Beantwortung erfolgt nicht nur einseitig von sämtlichen Bäcker- und Konditorgehilfen, sondern auch sehr viele Kleinmeister bemerken durch die Praxis in ihren Betrieben, daß sie sehr unvorteilhaft und ohne Sonntagsarbeit auskommen können, denn schon seit länger Zeit wird in diesen Betrieben des Sonntags nicht gearbeitet, und das Publikum hat sich außerordentlich gut damit abgefunden. Die Inhaber der Großbetriebe erklären ebenfalls einseitig, daß im Bäckergewerbe die Sonntagsarbeit überflüssig ist, und so sind es vor allen Dingen nur die Innungsleiter, die sich noch an die Sonntagsarbeit erinnern, die immer wieder die Kleinmeister warnen, sich nicht das mögliche Experiment nicht einzulassen, denn die Sonntagsarbeit sei gerade für den Kleinbetrieb unseres Gewerbes die wichtigste Arbeit.

Wir sind nach wie vor der Meinung, daß diese Stellungnahme der Innungsleiter nur offiziell ist, von einer

ausgehenden Seite vor jeder sozialen Reform unseres Gewerbes, und daß wir nicht damit haben, beweist die Praxis.

Im Jahre 1915 im April nahmen wir eine Feststellung darüber in den Verbandsorten vor, insoweit in diesen Städten in den Bäckereien des Sonntags noch gearbeitet wird. Die Erhebung ergab (abgedruckt in Nr. 27 der „Deutschen Bäcker- und Konditorenzeitung“ vom Jahre 1915:

	Darin waren beschäftigt:				
	In Bäckereien	Kondit.	Lebk.	Süßw.	Lebk.
Gezählt wurde	16810	14084	1145	3125	16887
Nicht gezählt wurde	5868	4722	345	746	1863

Im Mai des Jahres 1916 haben wir nun erneut eine Erhebung über diese Frage durch unsere Vertrauensleute in den Verbandsorten vorgenommen; diese Erhebung war verbunden mit den Feststellungen über die Einrichtungen des Krieges auf das Bäckergewerbe, wovon das Resultat in Nr. 36 der „Deutschen Bäcker- und Konditorenzeitung“ veröffentlicht ist. Was dort eingehend zu den Schwierigkeiten solcher Erhebungen in dieser Hinsicht bei dem Krieges ge sagt wurde, trifft natürlich in noch erhöhtem Maße auf diese Feststellungen zu, denn dieselben sind schon wesentlich komplizierter als lediglich Erhebungen darüber, wieviel Bäckereien an einem Orte noch im Betrieb sind und wieviel Personen in denselben beschäftigt werden.)

Die Erhebungen vom Mai dieses Jahres haben nun ergeben:

Sonntagsarbeit	Bäckereien	Darin sind beschäftigt:				
		Bäcker	Kondit.	Süßw.	Lebk.	Lebk.
3 bis 5 Stunden	366	371	14	41	11	474
4 " "	1528	372	59	79	27	1588
5 " "	7199	5479	440	597	155	5924
6 " "	3590	2907	179	147	86	3009
7 " "	175	181	19	32	35	165
8 " "	391	7891	9	383	100	145
Sonntagsarbeit insges.	13481	16801	713	1219	382	10465
Keine Sonntagsarbeit	6174	5315	230	710	386	2918
Insgesamt	19655	16116	943	1929	768	13383

Von 19 655 von der Erhebung erfaßten Betrieben haben also 6174 oder 31 pzt. aller Betriebe keine Sonntagsarbeit, während 13 481 oder 69 pzt. aller Betriebe noch Sonntagsarbeit haben. Im Jahre 1915 waren es dagegen erst 842 pzt., die des Sonntags nicht arbeiteten, also ohne Sonntagsarbeit auskamen.

Von den insgesamt in den Betrieben beschäftigten 25 130 Personen sind es 9559 oder 39 pzt., welche keine Sonntagsarbeit haben, wegen 25 580 oder 71 pzt. der insgesamt beschäftigten Kollegen des Sonntags noch arbeiten mußten. Im Jahre 1915 waren nur 214 pzt. der Gesamtzahl der beschäftigten Personen von der Sonntagsarbeit befreit.

Es heißt also unzweifelhaft fest, daß im Laufe eines Jahres die Zahl der Bäckereibetriebe ganz bedeutend größer geworden ist, welche ohne Sonntagsarbeit auskommen, und daß dementsprechend auch die Zahl der in den Bäckereien beschäftigten Personen größer geworden ist, die von der Sonntagsarbeit befreit sind.

Und dabei muß noch immer in Betracht gezogen werden, daß die Erhebungen betreffs Sonntagsarbeit noch wesentlich beeinflusst werden durch viele Großbetriebe, in denen wohl die Kollegen abwechselnd des Sonntags arbeiten müssen, aber dann dafür in der Woche ihren Ruhe tag haben.

Würden nicht fortwährend die kleineren Betrieben unter den Kleinmeistern, die sich gar keinem sozialen Fortschritt ge-

wehrt zeigen, gegen die Befreiung der Sonntagsarbeit zu Felde ziehen, so könnte man davon überzeugt sein, daß schon wesentlich mehr die Sonntagsarbeit abgelehrt sein würde.

Nach ist noch hervorzuheben, daß nicht etwa die Zahl der Betriebe und Orte sich vermehrt hätte, wo die Behörden die Erlaubnis zur Sonntagsarbeit wieder zurückgezogen haben, sondern im Gegenteil, in dieser Beziehung ist gar kein Rückschritt erfolgt worden, dagegen haben immer mehr Bäckereibetriebe in allen Städten auf die Sonntagsarbeit freiwillig verzichtet!

Wegen der Einschränkung des Druckpapierverbrauches sind wir leider nicht in der Lage, diese Nummer des Jahrbüchleins mit Beilage versehen zu lassen; infolgedessen können wir auch die guten Tabellen wie in der Nr. 27 des Vorjahres über die Verhältnisse in den einzelnen Verbandsorten nicht bringen, aber es kann gesagt werden, daß mit Ausnahme von Würtemberg und Baden (wo wir ja bekanntlich in sozialer Beziehung die unabhängigen Vertreter anderer Gewerbes haben; es sei erinnert an deren Streben, die Nachtarbeit wieder herbeiführen zu wollen) in allen Gegenden des Bundes fast gleichmäßig sich die Zahl der Betriebe vermehrt hat, welche ohne Sonntagsarbeit auskommen.

Unsere Kollegen dürfen auch jetzt nirgendwo ruhen und rasten und müssen immer wieder befreit sein nicht nur den Behörden durch Eingaben der Organisation und Beihilfe der Versammlungen, sondern auch den einzelnen Meistern durch Hinweis auf die tatsächlichen Verhältnisse in anderen Städten oder anderen Betrieben der gleichen Stadt zu zeigen, daß es in so vielen Betrieben außerordentlich gut ohne Sonntagsarbeit geht, und daß bei gutem Willen und einigermaßen vernünftigen Entgegenkommen der Bäckereimeister die Sonntagsarbeit überall befreit werden konnte!

Ist es doch eine feststehende Tatsache, daß in vielen Städten durch die Konkurrenz die kleinsten Betriebe sich zur Sonntagsarbeit gezwungen glauben, obgleich sie kaum an Wochenentagen infolge der Verbrauchsbeschränkungen ihre Arbeitskräfte vollständig ausnützen können. Diesen Betrieben entgehen durch die Sonntagsarbeit ganz bedeutende, und zwar überflüssige Betriebsausgaben für Heizung des Ofens und andere, welche sich ersparen ließen, wenn unsere Meister mit den alten Rost abschneiden und auf der Entlohnung der Beschäftigten etwas lernen wollten, was sich nicht nur zugunsten ihrer Arbeiter, sondern auch zugunsten ihres Gewerbes und ihrer Familien gut bewähren würde.

Der Verkehr mit Zucker im Schreibjahre 1916/17

Im nach Berechnung des Bundesrats vom 14. September 1916 geregelt worden. Das Kriegsernährungsamt gibt der Presse nunmehr einige Erläuterungen zu der Berechnung, die allerdings auf die Schlussfolgerungen nicht Bezug nehmen; sie sind aber trotzdem für unsere Kollegenschaft besonderer Beachtung wert, weil sie über den allgemeinen Stand des Zuckermarktes Aufschluß geben. Das Kriegsernährungsamt schreibt:

Man ist der Grundung, daß Zuckerrüben nicht verpflanzt werden dürfen; Ausnahmen können nur in Einzelfällen aus zwingenden Gründen zugelassen werden. In der Regel sind die Zuckerrüben auf Zucker zu verarbeiten. Der Reichsminister bestimmt, in welchen Abmengen sie ausnahmsweise zu anderen Zwecken, zu Mägen, Kaffeekaffee, etc. zu verwenden sind. Die Verwendung von Zuckerrüben zum Brennen bleibt wie bisher streng beschränkt.

Der Höchstpreis für Zuckerrüben ist mit dem Höchstpreis ebenfalls schon durch Verordnung des Bundesrats vom

Über die Referate, die Debatte und die Schlussworte von Haase und Scheidemann hat die Konferenz auf Beschluss nur kurze Mitteilungen verbreiten lassen. Vielleicht werde später ein ausführlicher Bericht veröffentlicht. Wir beschränken uns deshalb nur auf die Wiedergabe der am Schlusse der Auseinandersetzungen erfolgten Abstimmungen über Anträge und Resolutionen sowie deren Inhalt. Zunächst wurde ein Antrag Haase und Genossen:

„Da die Reichskonferenz nach dem Organisationsstatut der Partei keine Berechtigung hat, über sachliche Anträge zu beschließen, beantragen wir: eine Beschlussfassung über sachliche Anträge ist abzulehnen.“

In namentlicher Abstimmung mit 275 gegen 168 Stimmen abgelehnt.

Darauf erklärten die beiden Oppositionsgruppen, sich an den weiteren Abstimmungen nicht zu beteiligen.

Darauf wurde mit 251 gegen 5 Stimmen folgendes von Dr. David und Genossen eingebrachtes Manifest für Friede und Frage von der Konferenz beschlossen (15 Stimmen waren ungenügend):

„Die Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands anerkennt die Pflicht der Landesverteidigung. In der Überzeugung, dass nur durch entschlossenes Zusammenstehen in diesem Kampfe gegen eine Welt von Feinden das Deutsche Reich vor Zerstückelung, vor politischer und wirtschaftlicher Knebelung bewahrt werden kann, hat die Sozialdemokratie sich zu Beginn des Krieges in Reich und Glied mit der Gesamtheit des deutschen Volkes gestellt. Noch immer ist dieser Krieg für Deutschland ein Verteidigungskrieg, noch immer gilt es, schwere Gefahren, die unserem Lande drohen und die die Arbeiterklasse nicht zuletzt treffen würden, abzuwehren.“

Wir danken unseren Brüdern im Felde, die auf allen Fronten dem Ansturm feindlicher Übermacht todesmüdig standhalten. Die Sozialdemokratie ist nach wie vor entschlossen, auszuharren in der Verteidigung unseres Landes, bis die Gegner zu einem Frieden bereit sind, der die politische Unabhängigkeit, die territoriale Unversehrtheit und die wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit Deutschlands gewährleistet. Sie weist alle gegen das Deutsche Reich und seine Verbündeten gerichteten Vernichtungs- und Erdrückungspläne der feindlichen Mächte zurück. Ebenso entschlossen aber wendet sich die Sozialdemokratie auch gegen die Treibereien und Forderungen derer, die dem Krieg den Charakter eines deutschen Eroberungskrieges geben wollen. Sie verwirft grundsätzlich diese Politik und verwirft sie auch deshalb auf's Schärfste, weil sie den Widerstand der gegen uns kriegführenden Mächte lähmt, die Bestrebungen der Kriegstreiber im Auslande fördert und so zur Verlängerung des Krieges beiträgt.

Die Sozialdemokratie stellt die Wahrnehmung der Interessen und Rechte des eigenen Volkes beim Friedensschluß an die Spitze ihrer Kriegsziele. Sie fordert aber auch die Beachtung der Lebensinteressen der andern Völker in der Überzeugung, daß nur ein solcher Friede die Gewähr der Dauer in sich trägt. Die Sozialdemokratie tritt für alles ein, was geeignet ist, die europäischen Staaten auf dem Weg zu einer engeren Rechts-, Wirtschafts- und Kulturgemeinschaft zu führen. Das Ideal eines dauernd geführten Weltfriedens läßt der Leitlinie ihrer Politik.

Oben dieser grundsätzlichen Auffassung, hat die deutsche Sozialdemokratie ihre Friedensbereitschaft während des Krieges bekräftigt und bestätigt. Die Reichskonferenz bedauert, daß diese Bemühungen bei den Gegnern nicht den erhofften Widerhall gefunden haben. Nicht nur daß die leitenden Staatsmänner der feindlichen Mächte jeden Gedanken an Frieden als jetzt schon zurückgewiesen und mit Beschimpfungs- und Erdrückungsdrohungen beantwortet haben, auch die offiziellen Vertreter der französischen Sozialdemokratie und der englischen Arbeiterpartei haben sich in dem gleichen friedensfeindlichen Sinne immer wieder ausgesprochen. Den für die Weigerung eines Zusammenkommens mit uns angeführten Grund, die feindliche Sozialdemokratie mache sich dadurch, daß sie zu ihrem Lande steht, zur Wärschuldigen an einem angeblichen Überfall Deutschlands auf Rußland und Frankreich, weisen wir mit aller Entschiedenheit zurück, denn Deutschland war infolge der allgemeinen Mobilmachung Rußlands vom 31. Juli 1914 aufs schwerste bedroht.

Durchdrungen von der Überzeugung, daß die gemeinsamen wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der arbeitenden Volksmassen aller Länder auch in Zukunft den Kampf gegen imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung in enger Fühlungnahme miteinander führen müssen, halten wir den Wiederaufbau einer arbeits- und kampfbereiten sozialistischen Internationalen für notwendig. Die Reichskonferenz billigt darum das Bestreben der deutschen Parteileitung, die zerfallenen Reihen wieder zu sammeln.

Indem die deutsche Sozialdemokratie die Verantwortung für die Verlängerung dieses Krieges mit ihrem unerwünschten Epitaph an Menschleben und Kulturgütern denen zuspricht, die sich einem baldigen Frieden widersetzen, spricht sie die Hoffnung aus, daß in allen beteiligten Ländern ein wachsender Wille der breiten Volksmassen auf Beendigung des furchtbaren Blutergießens sich durchsetzt.

Von der deutschen Regierung aber fordert sie, daß sie unangelegentlich bemüht ist, dem Kriege ein Ende zu machen und dem Volke den langwierigen Frieden wiederzugeben.“

Es folgte die Abstimmung über einen Antrag Haase, München und Genossen:

„Die Reichskonferenz billigt die Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Reichsregierung.“

Die Reichskonferenz mißbilligt das Sondervergehen eines Teiles der Fraktion, das zur Abspaltung von der Gesamtfraktion geführt hat und den Zusammenhalt der Partei auf das schwerste gefährdet.

Angenommen mit 218 gegen 3 Stimmen, bei 3 Enthaltungen. Die 98 anwesenden Reichstagsabgeordneten nahmen an dieser Abstimmung über die parlamentarische Haltung nicht teil.)

des bürgerlichen Ehrenrechte. So entschieden sie die Gemeinschaft mit Liebtwecks Anschauungen und Handlungen ablehnt, ist sie doch der Überzeugung, daß er keineswegs aus unehrenhaften Gründen gehandelt hat.

Angenommen wurden dann noch nach jeweiliger Begründung eine Reihe Anträge. Wir lassen sie folgen. Maximal auf Verurteilung geblühiger Kampfesweise; Maximal Schmidt auf allgemeine Herabsetzung der Höchstpreise; Maximal auf Erhöhung der Reichskriegsunterstützung; Dr. Durr auf fortschreitende Demokratisierung der Verfassung. Dem Parteivorstand wurden überwiesen der Antrag München auf Umbenennung einer Konferenz der Landes- und Gemeindefraktionen zur Ansprache auf dem Gebiete der Volks-erziehung um, ein Antrag Dr. Wolff Braun-Mün-berg auf Einsetzung einer neungliedrigen Kommission unter Berücksichtigung der wichtigsten Strömungen in der Partei zur Ausarbeitung von Gutachten und Beschlüssen.

Vor der Abstimmung hatten 35 Genossen die Erklärung abgegeben, daß richtunggebende Beschlüsse dem Wesen der Konferenz und der Auffassung weiseter Parteimitglieder widersprechen und daß Resolutionen wie die von Dr. David und Maximal zur Bindung von Parteigenossen mißbilligt werden könnten.

In seiner Schlussrede mahnte Ebert zur Einigkeit. Die Meinungsverschiedenheiten seien nicht so groß, um die Einigkeit unheilbar zu machen.

Wir glauben leider nicht, daß Ebert Recht hat und zweifeln deshalb daran, daß seine Mahnung einen wesentlichen Erfolg haben wird.

Verbandsnachrichten.

Darlegung.

Vom 17. bis 23. September gingen bei der Hauptkassie des Verbandes folgende Beträge ein:

Für August: Meißelwitz M. 54,95, Fort i. b. R. 12,50, Striegau 14,35, Löbnitz i. G. 68,35, Trautwein 23,97, Ritzingen 65,65, Wiesbaden 207,95, Mainz 91,33, Osnabrück 36,75, Jychoe 17,42, Dessau 15,50, Königsberg i. Pr. 74,40, Oldenburg 38,85, Nürnberg 722,98, Hofstadt 35,73, Sußl 47,80, Kaiserlautern 4,80.

Für Juli und August: Danzig M. 173,50. Mit der Hauptkassie rezipieren für August: Göttingen, Karlsruhe, für Juli und August: Spremberg, für Juni, Juli und August: Colmar.

Geld ohne Abrechnung gesandt: Bremerhaven und Waldenburg.

Von Einzelzahlern der Hauptkassie: C. S. Böhm M. 44,70, C. Sch. Wittstadt 14, M. St. Zarentin i. M. 6, M. E. Bismar 7,80.

Für Abonnements und Annoncen: Rüstingen M. 7,20.

Für Beiträge der Bäcker- und Konditorenbewegung: Meißelwitz M. 3, Osnabrück 2.

Der Hauptkassierer, J. B. M. Langhann.

Kriegsverluste des Verbandes.

Bezirk Berlin meldet als gefallen: Andreas Landowski, Bäcker, 30 Jahre alt; Paul Böhlend, Bäcker, 31 Jahre alt; Georg Bahne, Bäcker, 21 Jahre alt; Erich Rößlich, Bäcker, 28 Jahre alt; Paul Kaebler, Bäcker, 36 Jahre alt; Rudolph Hanke, Bäcker, 30 Jahre alt; Karl Jablonska, Bäcker, 20 Jahre alt, gestorben im Lazarett.

Bezirk Essen. Albert Gallander (Ländenscheid), gefallen im Herbst 1915.

Bezirk Magdeburg. Wilhelm Starr, Oberbäcker, 35 Jahre alt, gefallen.

Bezirk Wiesbaden. Gustav Merkle (Mainz), 36 Jahre alt, Bäcker, gestorben am 12. September in Wiesbaden, wo er seit März 1915 im Lazarett lag. **Hirs ihren Andenken!**

Schulbewegungen und Striks.

Lehrerstreik in Großmünsterbach.

Konsumgenossenschaft in Berlin und Umgebung. Zwischen dem Gesamtarbeitersich, dem Handwerks- und Transportarbeiterverband, dem Verband der Handlungsgehilfen, dem Verband der Maschinenisten und Feiger, dem Verband der Bäcker und Konditoren und der Verwaltung der Konsumgenossenschaft wurde folgende Feuerungs- und Lage vereinbart: Beheizkosten mit einem jährlichen Einkommen über M. 2000 erhalten monatlich M. 12, Beheizkosten unter M. 2000 jährlich M. 15, Ledige M. 8, Schülern, die noch nicht sechs Monate beschäftigt sind, M. 5, jedes Kind der Borgemütern unter 14 Jahren M. 3 und Heimarbeiterinnen ebenfalls M. 3. Frauen, deren Männer arbeiten, und Krügerinnen, die Unterstützung beziehen, werden den Ledigen gleichgestellt. Die Heimarbeiterinnen erhalten den Zuschlag für Kinder nicht. Beschäftigte, die im Laufe des Monats erst eingestellt worden oder im Laufe eines Monats ihre Stelle aufgeben, erhalten für diesen Monat die Zulage ebenfalls nicht. Die Feuerungszulage soll bereits ab 1. Juli gewährt werden und gelangt immer am Monatschluß zur Auszahlung. Die Sätze werden vorläufig bis 31. Dezember 1916 gezahlt; ob sie auch über diese Zeit hinaus gewährt werden, bleibt einer späteren Beschlußfassung der Verwaltung der Konsumgenossenschaft vorbehalten. Von unserer Organisation kommen bei dieser Regelung in Betracht: 63 Beheizkosten männliche Arbeiter; dagegen haben 20 keine Kinder, 16 je 1 Kind, 14 je 2 Kinder, je 3 Kinder und 4 je 4 Kinder, Summa 83 Kinder.

Ferner 24 ledige männliche und 22 weibliche Arbeiter, darunter 9 Frauen von zum Herrsdiensft Eingezogenen.

Der Konsumverein Bietfeld gewährte im September wieder dieselbe einmalige Feuerungszulage wie im letzten Quartal.

Der Konsumverein „Vorwärts“ in Wilmshausen gewährte den im Betriebe beschäftigten Bäckern von Mitte September an eine wöchentliche Feuerungszulage von M. 2.

Die Mäurer Spar-, Konsum- und Produktionsgenossenschaft gewährte jetzt zum drittensmal allen Beschäftigten eine Feuerungszulage in der Höhe von zuka 25 Pf. des Monatslohnes.

Spendenkassa.

Vertrag. Am 19. September hatten sich die im Göttinger Konsumverein (bürgerlich) beschäftigten Kollegen versammelt. Bezirksleiter Hoffe-Breslau hielt den einleitenden Vortrag. Nach einer kurzen Ansprache ließen sich alle Kollegen in den Verband aufnehmen. Ein paar nicht anwesende Kollegen werden nächst folgen. Es ist erfreulich, daß die durchweg alten Kollegen die Zeichen der Zeit verstehen, werden sie die ihnen in der Versammlung gegebenen Ratsschlüsse befolgen, so wird der Verband ihnen auch das sein, was sie erhoffen. Wir heißen sie als neue Streiter herzlich willkommen. Die in den zwei andern am Orte befindlichen Großbetrieben beschäftigten Kollegen mögen sich hieran ein Beispiel nehmen und recht bald denselben Schritt zu ihrem eigenen Nutzen tun.

— Eine leider nur sehr mäßig besuchte Bäckergefellensversammlung fand am 20. September im Verkehrslokal „Zum goldenen Kreuz“ statt. Hier sprach Hoffe über: „Die jetzigen Aufgaben der deutschen Bäckergefellens.“ Ein Kollege wurde für den Verband gewonnen. Da es den Göttinger Kollegen in der Einladung kurz und deutlich mitgeteilt war, worum es sich handelte, so mögen sie sich hier gelangt sein lassen, daß ein Abseitsstehen in der jetzigen Zeit mit wahrer Kollegialität nicht vereinbar ist. Unsere Göttinger Verbandsmittglieder haben die Aufgabe, diese Kollegen, die die Schlafmütze so sehr tief über den Kopf gezogen haben, aufzuwecken, und zwar muß diese Tätigkeit etwas energischer betrieben werden als bisher. Beharrliche Kleinarbeit wird und muß Früchte tragen. Wo uns Werk! Ihr wollt doch nicht ganz und gar einschlafen, wie die große Mehrzahl der Lausitzer Verbandskollegen; über deren Befähigung wird zu passender Zeit einmal gründlich geredet werden.

Aus Hinterbühnenkritiken.

Bäcker.

Die Versuchsanstalt für Getreideverarbeitung in Berlin ist in letzter Zeit oft erwähnt worden, weil ihre Veröffentlichungen über neue Backverfahren in der Meißel-Preise auf großen Widerspruch stießen. Dabei haben die Interessenten aus Innungs- und andern Kreisen auch verhandelt, das Ansehen der Anstalt dadurch zu schädigen, daß man die Behauptung aufstellte, sie sei überhaupt keine staatliche Gründung, sondern nur eine Gesellschaft privaten Charakters; man wollte jedenfalls damit andeuten, daß sie nicht selbstlos arbeite. Gegen diese Kampfesweise wendet sich jetzt der Geschäftsführer der Versuchsanstalt durch eine Berichtigung an die „Allgemeine Deutsche Bäcker- und Konditor-Zeitung“ in Stuttgart, und da auch in den Kreisen unserer Kollegenchaft nach vielfach Unklarheit über den eigentlichen Charakter der Anstalt ausgebreitet ist, wollen wir die aufklärende Berichtigung zum Abdruck bringen. Sie lautet:

„In Nummer 35 dieser Zeitschrift (des Stuttgarter Blattes, Red.) ist in einem Aufsatz „Über das neue Backverfahren“ gesagt: „Die Versuchsanstalt für Getreideverarbeitung in Berlin ist kein staatliches, für die Öffentlichkeit arbeitendes Institut, sondern eine vom Verband Deutscher Müller ins Leben gerufene Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit privatem Charakter.“

Das ist nicht richtig. Die Versuchsanstalt für Getreideverarbeitung ist eine von Deutschen Reich und Preußen in Form einer G. m. b. H. gegründete, auf Kosten dieser Staaten gebaute und eingerichtete und von ihnen laufend unerlässliche wissenschaftliche Anstalt, der nur rechtsfähige Körperschaften angehören dürfen und der zurzeit sämtliche preussischen Landwirtschaftskammern, die drei Reichsmüllerverbände und der Verband deutscher Kleinbäcker angehören. Der Vertrag der Anstalt mit dem Deutschen Reich und mit Preußen ist als Aufgaben der Anstalt seit: Wissenschaftliche und praktische Fortschrittsarbeit auf dem Gebiete der Getreidelagerung, Müllerei und Bäckerei, Beratung der Behörden, Ausbildung von Angehörigen der betreffenden Gewerbe und ähnliches mehr. Die Verteilung von Gewinn an die Gesellschafter ist nach der Satzung ausgeschlossen. Die Betriebs- und Verwaltungsführung der Versuchsanstalt für Getreideverarbeitung untersteht der Aufsicht und Genehmigung des preussischen Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten. Organisatorisch bildet die Versuchsanstalt für Getreideverarbeitung eine Abteilung der Königl. preussischen landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin.

Daraus ergibt sich, daß die Versuchsanstalt für Getreideverarbeitung in Berlin ein mittelbares Staatsinstitut ist und für das Gemeinwohl arbeitet, nicht aber Privatgewinn verfolgt. **Schlichter, Geschäftsführer.**

Gewerkschaftliche Kundgebung.

Der Verband der Bäcker und Mäurerarbeiter im Jahre 1915. Mit Wirkung vom 1. April 1915 trat die Landesratsverordnung vom 15. Februar 1915 über die Herabsetzung des Malzverbrauches der Brauereien auf 60 v. H. des Verbrauches in den zwei letzten Friedensjahren 60 v. H. des Verbrauches in den letzten zwei Friedensjahren Betriebskonzentration und die Ausdehnung einer Anzahl Betriebe zur Folge, die bei der Malzknappheit die Produktion einstellen mußten. Trotz der Beschränkung des Malzverbrauches und der Ausdehnung einer Anzahl Betriebe, wodurch die Arbeitsgelegenheit vermindert wurde,

war eine Zunahme der Arbeitslosigkeit unter den Bäckereiarbeitern nicht erkennbar, weil Arbeitskräfte, besonders auch gelernt, schon worden knapp waren. Dagegen nahm die Bäckereiarbeit eine beträchtliche Zahl Arbeiter aus anderen Berufen auf, namentlich auch weibliche Arbeitskräfte, die selbst in früher für sie abgeschlossenen Sparten Eingang gefunden haben.

Der Gewinnung neuer Mitglieder für die Organisationen waren jetzt ziemlich enge Schranken gezogen; trotzdem brachte es der Verband auf 8604 Neuaufnahmen. Diese konnten aber die Lücke, die die Zahl der zum Kriegsdienst Eingezogenen riß, nicht füllen, da auch der Wechsel mit Arbeitskräften aus verschiedenen Gründen groß war.

Mit dem 1. Januar traten die vom Verbandsrat 1914 beschlossenen neuen Bestimmungen mit Erhöhung der Beiträge und der Unterzählungen in Kraft. Die Wochenbeiträge erhöht sich von 30 und 50 S auf 40, 50, 60 und 70 S. Der 70-S-Beitrag ist ein freiwilliger für Mitglieder mit einem Wochenverdienst von M 27 und darüber; solche wurden im Jahre 1915 58352 geleistet.

Den erhöhten Beiträgen entsprechend verminderte sich auch die Jahresrechnung bei weitem nicht im Verhältnis zur Abnahme der Mitglieder. Bei einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von 23 921 betragen die Gesamteinnahmen der Hauptklasse im Jahre 1915 M 703 043, dagegen bei einer Durchschnittsmitgliederzahl von 42 311 im Jahre 1914 betragen die Gesamteinnahmen der Hauptklasse M 1 070 354.

Die Jahresausgaben im Betrage von M 840 938 übersteigt die Einnahmen um M 137 895. Die Mehrausgabe wurde verursacht durch die Kriegs- und Kriegsanforderungen. Die Unterzählungsummen sind während des Krieges außerordentlich geblieben. Die Kriegsanforderung bedeutet eine besondere Belastung der Kasse. Die für keine Unterzählungen beanspruchte Summe belief sich auf M 464 457, davon Kriegs- und Kriegsanforderung M 264 271, Kriegsanforderung M 138 542, Kriegsanforderung M 20 790, Beerdigungsbeträgen M 50 040. Das Vermögen der Hauptklasse betrug am Jahresbeginn M 1 513 430 gegen M 1 651 335 am Jahresbeginn 1914.

Lehrerzulagen wurden erreicht in 1343 Betrieben für 28 319 Personen. Zulagen wurden im Berichtsjahr 1915 zum Ablauf, diese umfassen nach dem Friedensstande 30 000 Personen. Im ganzen waren wegen der verschiedenen Differenzen 25 Ausschüsse eingesetzt zu bilden, davon erbeten 24 mit vollem, 21 mit teilweisem, 3 ohne Erfolg.

Im Februar 1915 fanden Verhandlungen mit dem Vorstand des Deutschen Bäckerbundes, der Unternehmerorganisation in der Bäckereiarbeit, über die Wiedereinstellung der heimkehrenden Krieger statt. Die von der Leitung des Bundes der Bäckerei- und Mühlenarbeiter vorgeschlagen und von der Leitung der Unternehmerorganisation aufgestellten Grundzüge über diese Frage bildeten den Ausgangspunkt für weitere Verhandlungen in einer Anzahl Orte; in anderen Orten geben die Unternehmer ihre Organisation schriftlich ihre Zustimmung kund; es ist auch schon vielfach Gelegenheit gegeben, die Verhandlungen in der Praxis anzuwenden.

Abercrombie Rudolph

Abolch v. Elm gestorben. Wieder hat der Tod eine kühnste Seele in die Reihen der deutschen Sozialdemokratie gerufen. Genosse Abolch v. Elm ist am 18. September in Hamburg plötzlich einem Herzschlag erlegen. Der 50 jährige Mann lebte seitdem in wenigen Tagen 30 Jahre alt geworden. Bei dem Begräbnis, wählte er sich zu seiner Beerdigung Hamburg einig der gewerkschaftlichen Organisation, und schon 1881 war er Geschäftsführer des Vereins der Bäckereiarbeiter, eine Stelle, die er bis 1891 bekleidete.

Elm bei seine Tätigkeit natürlich nicht nur auf seinen Beruf beschränkt, er war überall tätig, wo er seine Kraft einsetzen konnte. Was unsere wichtigsten Gewerkschaften heute sind, das verdanken sie mit der größten Tätigkeit v. Elm. Währenddessen ebenfalls verbandt ihm die Gewerkschaftsbewegung. Die unerschütterliche Hingabe „Produktion“ und in ihm eines schmerzlichen Förderer. Bei 1891 im letzten er die Arbeiterbewegung, die heute einen Zweig der Gewerkschaftsbewegung deutscher Konsumvereine bildet. Als die „Kasseler“ gegründet wurde, fand v. Elm wieder in der Arbeiterbewegung, und es war ein glücklicher Zufall, als er zum Leiter dieses Unternehmens berufen wurde, das er mit großer Hand durch alle Schwierigkeiten leitete. Inzwischen war v. Elm auch Vorsitzender des Ausschusses des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und des Ausschusses des Zentralverbandes, seiner langjährigen Vorstandsmitglied der Unterzählungskasse des Zentralverbandes der Konsumvereine. Seine erfindungsreiche Arbeit hat ihm aber auch in der Arbeiterbewegung eine wichtige Stelle. Genosse Rudolph war im Jahre 1893 im Reichstag in Pommern Mitglied der Reichstageskommission der Gewerkschaften. Die Wahl wurde am 18. April 1894 vom Reichstag bestätigt, und die Wahl wurde mit großer Mehrheit angenommen worden. In der Kommission wirkte er mit, bis er am 1. März 1897 dem Reichstag verabschiedet wurde, und nach 1912 verabschiedete er das Mandat nicht wieder zu erneuern.

Als der Vertreter unserer Organisation hatten, besonders in den letzten Jahren, vielfach Gelegenheit, mit dem Ver-

storbenen gemeinsam zu arbeiten und seine großen Kenntnisse und seinen offenen Charakter schätzen gelernt. Er war neben allem andern noch gewerkschaftlicher Vorsitzender des Landesamtes des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und nahm als solcher hervorragenden Anteil an allen Entscheidungen, die dieses Amt zu treffen hatte, wenn es in Tarifstreitigkeiten angerufen wurde. So sehr hier v. Elm als Anwalt der Genossenschaften diese Interesse zu wahren mußte, so haben unsere Vertreter doch stets gern anerkannt, daß er bei den Verhandlungen dem gewerkschaftlichen Standpunkt mitunter noch am leichtesten Verständnis entgegenbrachte, die Richtlinien der allgemeinen Arbeiterbewegung nie aus den Augen verlor und zu allen Fragen nicht nach der Person, sondern streng nach der Sache Stellung nahm. Sein Lob wird von uns auch in dieser Hinsicht als ein Verlust betrachtet.

Ein braver Kämpfer ist mit v. Elm dahingegangen. Wer sein unermüdbliches Wirken für die Arbeiterschaft kennt, wird sein Andenken in Ehren halten!

Gewerkschaftliches.

Unsern Gewerkschaftsleiter haben seit der letzten Veröffentlichung noch anerkannt: Konsum- und Produktionsgenossenschaft „Vorwärts“ in Löhnt, Konsumverein und Produktionsgenossenschaft in Schönheide. Das sind nun insgesamt 167 tariffreie Vereine, die in ihren Bäckereien und den damit verbundenen Nebenbetrieben 1964 Verbandsmitglieder beschäftigen.

Literarisches.

Die „Glocke“, sozialistische Wochenchrift, Herausgeber: Marcus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., München). Das eben erschienene 26. Heft des 2. Jahrgangs dieser aktuellen Wochenchrift enthält folgende Artikel: Konrad Werther: Geburtsmüdigkeit und Wohnungsnot. Wilhelm Hänsen: Wertschwankungen. Konrad Haensch: Literarische Rundschau. Edgar Sieger: Galais und die Engländer. Die Woche. — Einzelhefte 20 S., vierteljährlich M. 2,50 bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolportage zum Preise von M. 2,90 das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 30 S. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Vom „Wahren Jacob“ ist neben die neueste Nummer des 23. Jahrgangs erschienen. Der Preis der Nummer ist 10 S. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolportage zu beziehen.

Spätestens am 30. September ist der 10. Wochenbeitrag für 1916 (d. bis 7. Oktober) fällig.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

- Sonntag, 1. Oktober:**
Duisburg: Vorm. 10 Uhr im „Bienenhaus“, Friedrich-Wilhelm-Platz. — Saarbrücken: In der „Bürgerhalle“, Saarbrücken I, Altemweg 30/32.
- Dienstag, 3. Oktober:**
Emden: 8½ Uhr in der „Lohnhalle“, Meißnergerstraße. — Potsdam: 8 Uhr bei Hansmann, Kaiser-Wilhelm-Straße 38. — Regensburg: 7 Uhr, „Schillerkinder“, Glockengasse 31.
- Mittwoch, 4. Oktober:**
Dortmund: 8 Uhr, Gasthaus „Zum Viehmarkt“, Steinstraße.
- Sonntag, 7. Oktober:**
Eisenach: Gasthaus „Zum weißen Hirs“, Alexanderstraße 165.
- Sonntag, 8. Oktober:**
Eisenach: Vorm. 10 Uhr im Restaurant „Großes Café“.

—* Anzeigen. *

Militärfreier Betriebsleiter
mit der Herstellung der Reich- und Hartfels sowie Kancha vollständig vertraut, zum sofortigen Eintritt für
Leibnizische Biskuitfabrik
gerührt. Dierken unter F. St. 251 befördert
[M. 6] **Rudolf Mosse, Straßburg.**

Ein tüchtiger Normann
(vollkommen militärfrei) zur Leitung einer neuen
Marzipanfabrik [M. 6]
gerührt. Nur durchaus sachkundige Herren können in Frage. Geil. Angebote unter K. V. 835 an
Dachstein & Bogner H. G., Hamburg.

Kriegsopfer!
Es fielen folgende unserer Mitglieder:
Andreas Landowski
Bäcker, 30 Jahre alt,
Paul Böhlend
Bäcker, 31 Jahre alt,
Georg Bähne
Bäcker, 21 Jahre alt,
Erich Rößlich
Bäcker, 28 Jahre alt,
Paul Kaerber
Bäcker, 36 Jahre alt,
Rudolf Hanke
Bäcker, 30 Jahre alt.
Ferner starb im Lazarett:
Karl Jablonska
Bäcker, 20 Jahre alt.
Ehre ihrem Andenken!
[M. 9] **Verwaltung Berlin.**

[M. 4,50] **Nachruf.**
Nach langer Ungewissheit haben wir jetzt die traurige Nachricht erhalten, daß unser Kollege
Albert Gallander
dem Wälzeringen im Herbst 1915 zum Opfer gefallen ist. Als eines unserer ältesten Mitglieder fand man ihn stets in den vordersten Reihen unserer Bewegung. Er war uns allen ein treuer Freund.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Bahnhofs-Ländenscheid.

Nachruf.
Wir erhielten die tieftraurige Nachricht daß unser lieber Kollege, der Oberbäcker
Wilhelm Starr
Untersoffizier im Landwehr-Regiment Nr. 28, im Alter von 35 Jahren dem Weltkriege zum Opfer gefallen ist. Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.
[M. 3,90] **Bahnhofs Magdeburg.**

Prima Backpulver
mit 1a Triebkraft, vorzüglich im Geschmack,
1 Karton mit 100 Benteil M. 6,50,
bei 2 Karton franco.
[M. 6] **Roses Backpulver**
in 5-Kilo-Packungen, à Kilo M. 3 franco.
Ferment-Werk, Bad Pyrmont

Backbutter-Hilfsstoff liefert prompt ab hier oder Molkerei
Otto Handke, Jena.
1 Probekilo Backbutter-Hilfsstoffpulver kostet inklusive Verpackung M. 10 ab hier; von 5 Kilo an erfolgt der Versand franco. Nachnahme kostenfrei. [M. 3,50]

Panogen
ein wirklich gutes Hilfsmittel für schlechte Backbutter
Probekilogramm M. 8, 5 Kilogramm M. 37,50, gegen Nachnahme. 1 Kilogramm ergibt 4 Kilogramm Masse. [M. 4]
Ernst Liebing, Leipzig-St., Kohlgrabenstr. 17.
Nürnberg Bäckerei- und Konditorgelassen
decken ihren Bedarf am besten bei
Hans Derfuss, Schneidermeister, Hengasse 2, 1. Et.

REIDL'S
bei 9 Pfd. à M. 1,60
ab 25 „ à „ 1,50
„ 50 „ à „ 1,40
„ 100 „ à „ 1,20
ab Station Dresden gegen Nachnahme
Groslisten Sonderpreise
Nährmittelfabriken
Rudolf REIDL
Dresden-St.
Hermesdörfer Straße